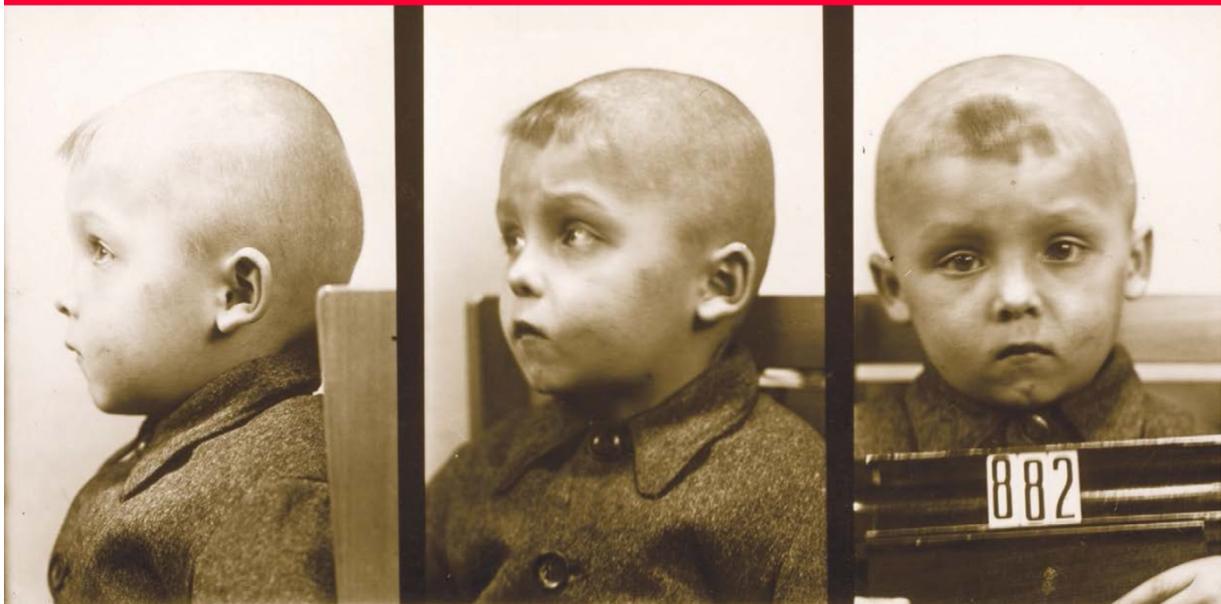




## Dokumentation zur Geschichte der Entschädigung der geraubten Kinder in Baden-Württemberg

von Christoph Schwarz







Es gibt nichts Schlimmeres als den Eltern die eigenen Kinder wegzunehmen. Während der NS-Zeit sind viele Zehntausend Kinder geraubt und gewaltsam von ihren Eltern getrennt worden. Unter Verschleierung ihrer Herkunft und wahren Identität wurden diese NS-Opfer im Namen der Rasse gewaltsam zu Deutschen umerzogen. Ziel war es die „Herrenrasse“ durch geraubte Kinder „aufzunorden“. Es sind die Bilder der Kinder, die Betroffenheit auslösen...

## **Inhalt**

	<b>Seite</b>
<b>1. Inhalt</b>	<b>4</b>
<b>1.1 Kurzer Historischer Abriss über den Film „Hitler geraubte Kinder“</b>	<b>5</b>
<b>1.2 Geraubte Kinder in Baden-Württemberg:</b> Ausschnitt aus dem Regiebuch des Dokumentarfilms „Hitlers geraubte Kinder“.	<b>8</b>
<b>1.3 Kampf um Entschädigung in Baden-Württemberg: Ministerpräsident Winfried Kretschmann lehnt eine Entschädigung ab...</b>	<b>9</b>

## 1.1 Kurzer Historischer Abriss über den Film „Himmler geraubte Kinder“

Während des Zweiten Weltkriegs raubten die Nationalsozialisten in Polen, Russland, Slowenien, der Tschechoslowakei und Norwegen zwischen 50.000 und 250.000 blonde und blauäugige Kinder mit dem Ziel die „Herrenrasse“ „aufzunorden“. Bereits im November 1938 hatte SS-Reichsführer Heinrich Himmler erklärt: *„Ich habe wirklich die Absicht, germanisches Blut zu holen, zu rauben und zu stehlen, wo ich kann.“*

Der nationalsozialistische Verein „Lebensborn“ ist für die Verschleppung und Zwangsgermanisierung der Kinder aus den durch das Deutsche Reich besetzten Gebieten verantwortlich. Dieser SS-Verein des Massenmörders Heinrich Himmler hatte ausdrücklich das Ziel, eine „Elite-Jugend“, den „rassischen Adels“ durch die Anwendung des Zuchtgedankens hervorbringen.

Sogenannte SS-Rasseprüfer – als Ärzte getarnt - ermittelten den „Rassewert“ der entführten Kinder und entschieden über ihr weiteres Schicksal: „Rassisch wertvoll“ begutachtete Kinder wurden zur Eindeutschung ins Reich entführt. Dagegen Kinder mit der fatalen Beurteilung „rassisch minderwertig“ oder „jüdischer Blutseinschlag“ kamen ins Vernichtungslager.

Die zur Eindeutschung bestimmten Kinder durchliefen mehrere Stationen: In sogenannten „Assimilierungs-Lager“ des Lebensborn hat man ihnen eine fremde Identität verpasst und eingetrichtert, dass die leiblichen Eltern tot und sie „Volksdeutsche“ Kinder seien. Es war ihnen verboten, ihre Muttersprache zu sprechen. Verstöße dagegen wurden mit brutalen Strafen geahndet. Ziel war es die Herkunft und Identität der Kinder auszulöschen und zu verschleiern.

In SS-Lebensbornheimen suchten sich regimetreue Pflegeeltern ein „geraubtes Kind“ wie auf dem Viehmarkt aus. Über die Herkunft der Kinder tischte der SS-Verein verschiedene Lügen auf, dass es sich dabei um „volksdeutsche Findelkinder“ handeln würde, deren Eltern von „Banditen“ ermordet worden seien oder dass sich die „Mutter“ ein „Leid“ zugefügt hätte. In Wahrheit waren die meisten Eltern durch die Nazis ermordet oder im KZ. Ziel war es, die Vergangenheit und Erinnerung der Kinder auszulöschen.

Denn die Nazis fürchteten, dass die Kinder zu den „gefährlichsten Rächer ihrer Eltern werden“ würden. Um diese „große Gefahr“ auszuschalten, trennte man die Kinder gewaltsam von ihren Müttern. Da sonst „die Kinder selbstverständlich die genauen Tatsachen über den Tod ihrer Väter erfahren“ und „so im Hass gegen das Deutschtum“ aufgewachsen würden.

Auch nach dem Krieg schwiegen staatliche Behörden und Institutionen über das Schicksal der „geraubten Kinder“ und über ihre Mittäterschaft, was dazu führte, dass zahlreiche verschleppte Kinder bis heute nicht wissen, wer sie in Wahrheit sind und woher sie tatsächlich kommen.

So ergeht es dem Protagonisten Hermann Lüdeking, der nur so viel über seine Vergangenheit weiß, dass er durch die SS verschleppt und im Lebensborn e. V. eingedeutscht wurde. Dagegen der Protagonist Haymo Heinrich Heyder, weiß seit 2006, dass er aus einer Partisanenfamilie aus Slowenien entführt und vom Großneffen von Heinrich Himmler adoptiert wurde. Seine Pflegeeltern hatten ihn mit der Lebenslüge aufgezogen, dass er der leibliche Sohn sei. Ebenfalls hatten sie ihm verschwiegen, dass SS Reichsführer Heinrich Himmler die Adoption arrangierte und zugleich die Ermordung seiner Mutter und seiner Großmutter befohlen hatte...

Beide sind Opfer des NS-Terrors. Hermann Lüdeking kämpft seit Jahrzehnten vergeblich um Anerkennung und Entschädigung. Haymo Heinrich Heyder lebt in Costa Rica von einer Rente, die unterhalb der Armutsgrenze liegt. Im Sommer 2019 Jahre wollte er eine Reise in die eigene Vergangenheit unternehmen. Drei Tage vor der Abreise hatte er einen schweren Herzinfarkt. Infolgedessen kann er nicht mehr arbeiten. Seitdem treibt ihn die Existenzfrage um: Wie soll es in Zukunft finanziell weitergehen?

Während NS-Täter dank der Kriegsofferrente ein angenehmes Leben führen und trotz der Taten kassieren, müssen sich NS-Opfer wie Hermann Lüdeking und Haymo Heyder Sorgen darüber machen wie sie die nächsten Jahre über die Runden kommen sollen. Durch diesen Vergleich wird das schreiende Unrecht zwischen NS-Opfern und NS-Tätern sehr deutlich und wirft die Frage auf: Darf solches Unrecht bleiben?

Bisweilen verweigert die Bundesregierung diesen vergessenen Opfern jegliche Form von Entschädigung und Anerkennung. Bei den Kindern handle es sich um ein bloßes „Kriegsfolgeschicksal“ wie das Bundesfinanzministerium schreibt. Schlimmer noch: Bis heute leugnet man auf politischer Ebene diesen „Völkermord“ und behauptet, es sei „aus allgemein zugänglichen Quellen...zu entnehmen, dass etwa 250 osteuropäische Kinder Opfer von Verschleppung und Zwangsadoptionen“ wurden.

Dieser eindrucksvolle Dokumentarfilm zeigt den Kampf um Entschädigung und entlarvt zugleich die Politik, die mit allen Mitteln eine Entschädigung verhindern will. Immer wieder hat der Autor u. a. auch den damaligen Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (heutiger Bundestagspräsident) mit dem Schicksal der geraubten Kinder konfrontiert...

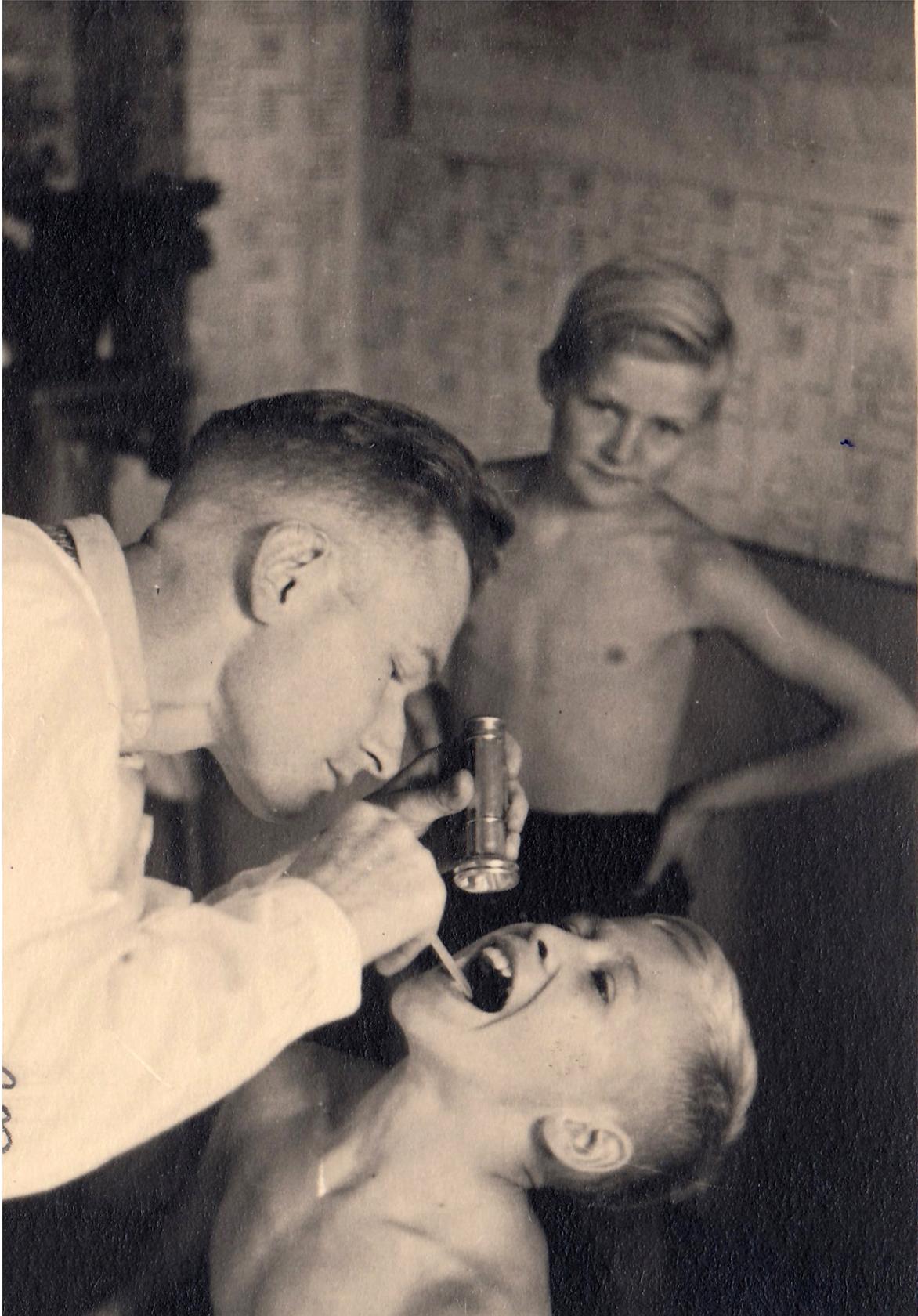
Am Ende des Films steht der „Held“ der Geschichte - Hermann Lüdeking - immer noch ohne Entschädigung und politischer Anerkennung da, obwohl er sich durch alle juristischen Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht durchgeklagt hat. Überall wurde er abgewiesen. Dennoch gibt er den Kampf um Entschädigung, solange er lebt, nicht auf...

Am Ende steht eine traurige Bilanz: Von 200.000 geraubten Kindern wurden bisher nur vier in Deutschland entschädigt...

Der Dokumentarfilm basiert auf historischem Tatsachenmaterial wie Dokumenten und Fotos, historischen Filmsequenzen und über 30 Zeitzugeheninterviews, die der Autor Christoph Schwarz in den letzten sieben Jahren in verschiedenen Ländern in Europa geführt hat.

Dieser Film soll den vergessenen Opfern endlich eine Stimme geben, nachdem eine öffentliche Anerkennung und Entschädigung bisher ausgeblieben sind.

**Filmdauer 120 Minuten.**



Entführte Kinder, die von einem SS-Rasseprüfer auf ihren „Rassewert“ hin selektiert werden.



**Geraubte Kinder in Baden-Württemberg:** Ausschnitt aus dem Regiebuch des Dokumentarfilms „Himmlers geraubte Kinder“.

Aus den unterschiedlichsten Ländern in Europa haben die Nazis Kinder zu mehreren Hunderttausenden entführt und brutal in Deutschland germanisiert. Zwangsweise zu Deutschen gemacht. Bereits im November 1938 hatte SS-Reichführer Heinrich Himmler erklärt:

*Ich habe wirklich die Absicht, germanisches Blut zu holen, zu rauben und zu stehlen, wo ich kann.*

In einem wahnwitzigen Raubzug lässt er allein aus Polen an die 200.000 Kinder entführen. Zwischen 40.000 und 50.000 Kinder aus Russland, über Tausend slowenische Kinder, mehrere hundert Kinder aus Tschechien und an die 300 Kinder aus Norwegen. Um so das deutsche Volk mit blonden, blauäugigen Kindern aufzunorden. Eines der Opfer war die damals siebenjährige Gertruda Niewiadomska aus Posen.

*[Gertruda Niewiadomska]... ..Dich holen jetzt die Deutschen. Zwei SS-Männer und eine Frau kamen und sagten: Morgenfrüh um 8.00 Uhr müsstest du mich abgeben nach Kufno. Wenn nicht würden wir beide an die Wand gestellt...Ich bin dann zu meiner lieblichen Mutter gegangen und habe mich noch verabschiedet. Sie sagte: Bleib da. Ich sagte: Du hast mich hergegeben. Ich will nicht...*

*...ich habe ein Koffer gepackt...ich konnte mich nicht einmal von der Pflegemutter verabschieden...*

*[Interviewer:] Hat Ihnen dieser Abschied viel schlaflose Nächte bereitet?*

*[Gertruda Niewiadomska]...ja sehr, auch viele Tränen...*

Die deutschen Jugendämter verfassten im annektierten Polen Listen mit polnischen Kindern, die für eine Entführung ins „Altreich“ in Frage kamen. Das letzte Bild von Janina Kunsztowicz aus Posen zeigt die Siebenjährige kurz vor der Entführung durch das Jugendamt. Für Janina war die gewaltsame Trennung eine nie heilende Wunde.

*[Janina Kunsztowicz] ...Sie hatte eine Vorladung fürs Amt bekommen und sie sollte mich mitbringen...Wir wurden dann getrennt...Sie ist auf den Boden gefallen vor lauter Schreck...wir haben geweint und uns nie wiedergesehen...*

*[Interviewer:] Hat es etwas bei Ihnen hinterlassen wie Schmerz?*

*Schmerzen natürlich! Ich darüber sehr geweint. Ich war dort sehr gerne.*

*Hat sie auch später im Leben diese gewaltsame Trennung belastet?*

*Dieser Augenblick hat mich immer belastet...*

Ein ähnliches Schicksal teilte Roman Roszatowski, der heute Hermann Lüdeking heißt. Er wurde aus Lodz entführt. Auf den Listen der Nazis steht sein polnischer Name. Bis heute weiß er nicht, wer seine Eltern waren.

*[Roman Roszatowski]... Meine Pflegeeltern waren Nazitreu. Meine Pflegemutter war BDM-Führerin. Meine Pflegemutter hätte es verschwinden lassen. Als mein Pflegevater gestorben war, hatte ich mir gedacht. Ich muss meine Unterlagen mir nehmen sonst sehe ich sie nie wieder. Als meine Pflegemutter es gemerkt hatte, war der Teufel los. Dann hat sie gesagt, der braucht nicht mehr zu mir kommen. Und wenn ich dann sterbe, möchte ich auch nicht, dass er hinter meinem Sarg hinterher läuft...Sie hatte Angst gehabt dass ich die Wahrheit herausfinde...*

Wenige Tage vor den Überfall auf Polen erklärte Hitler am 22. August 1939 vor seiner Generalität:

*...Das Ziel ist die Vernichtung Polens...die Durchführung muss hart und rücksichtslos erfolgen...<sup>1</sup>*

Im Herbst 1939 erfolgte eine brutale Eindeutschung und Vertreibungspolitik in Polen. Der „arisch“ aussehende polnische Bevölkerungsteil sollte gewaltsam zu Deutschen umerzogen werden. Allein im neugegründeten Reichsgau Wartheland sind 650.000 Juden und Polen aus ihren Wohnungen und Häusern verschleppt worden. Die Nazis plünderten ihr Vermögen, sperrten die Opfer im Ghetto in Lodz ein und deportierten an die 150.000 Menschen ins Vernichtungslager Kulmhof zur Ermordung.

Lodz wurde in „Litzmannstadt“ umbenannt – in Erinnerung an den Altnazi Karl Litzmann, der Hitler zur Macht verhalf. Bereits wenige Tage nach dem Einmarsch begannen die Nazis mit der Ermordung der polnischen Elite. Mit dem SS Rasse- und Siedlungshauptamt war Lodz die Drehscheibe der NS-Eindeutschungspolitik. Die Nazis gingen von der menschenverachtenden Auffassung aus, dass es verschiedenartige und verschiedenwertige menschliche „Rassen“ gäbe. Daraus entwickelte sich die sogenannte Pseudowissenschaft „Rassenhygiene“. Ziel war die Gewinnung gesunder Erbanlagen zur genetischen Verbesserung der „eigenen Rasse“. Viele Hunderttausende Menschen wurden deshalb selektiert. Zur Bestimmung der Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ wurden bei den Betroffenen Haar-, Augen-, und Hautfarbe nach „rassenhygienischen“ Kriterien beurteilt. Das Ergebnis entschied über Vernichtung, Sklavenarbeit oder Eindeutschung. Ins besonders interessierten sich die SS-Rasseprüfer für blonde und blauäugige polnische Kinder. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler schrieb am 14. Juni 1941 an Arthur Greiser Reichsstatthalter und Gauleiter im Wartheland:

*...Ich halte es für richtig, wenn besonders gutrassige kleine Kinder polnischer Familien zusammengeholt und von uns in besonderen...Kinderheimen erzogen würden. Das Wegholen der Kinder müsste mit gesundheitlicher Gefährdung begründet werden... Nach insgesamt einem Jahr ist daran zu denken, solche Kinder als Erziehungskinder in kinderlose gutrassige Familien zu geben...*

„Gutrassig“ bedeutete: blaue Augen und blonde Haare. Als solch ein Kind wurde die vierjährige Barbara Paciorkiewicz gewaltsam von ihrer Großmutter 1942 getrennt und im Gesundheitsamt in der Abteilung „Erb. und Rassenpflege“ „rassisch“ gemustert. SS-Rasseprüfer, die als Ärzte getarnt waren, haben sie in der Piotrkowska 113 in Lodz vermessen: Augenabstand, Nasenbreite, Schädelform.

Auf der Rassekarte wurde das rassische Gutachten, wie auf einer Stempelkarte, festgehalten. Die kleine Babara galt als „rassisch wertvoll“. Der Kopf wurde von allen Seiten fotografiert.

---

<sup>1</sup> Dieter Schenk: DIE VERNICHTUNG DER POLNISCHEN INTELLIGENZ. S.2: Halder, Kriegstagebuch, Band I, S. 25f. (22.8.1939).

*[Barbara Paciorkiewicz]... wie groß sie sind, wie breit der Kopf ist...am liebsten hat man sie genommen, wenn blauäugig, blond waren...arische Normen...*

*[Gertruda Niewiadomska]...wir sind ganz ausgezogen worden und dann wurde alles vermessen...wo die Maße für Hitler gestimmt haben, sind auf die rechte Seite gekommen. Wo es nicht so gestimmt hat, die auf linke Seite gekommen. Was mit den passiert ist, weiß ich nicht...*

*[Ursula Weis] ...wir sollten ins in einer Reihe aufstellen...die, die, die...und die anderen weg...das waren Juden...die aber nur Kinder genommen, die blond und blaue Augen hatten. In einem Auto wurden wir verschleppt. Die jüdischen Kinder wurden alle erschossen...*

Ein solches Kind war Edward Balkowski, der 1936 in Lodz geboren wurde. Von seinem kurzen Leben erzählt nur die Akte des Jugendamtes. Daraus geht hervor, dass er ein Findelkind, „ein Jude“ und „beschnitten ist“.

Das Jugendamt veranlasste ein „erbbiologische[s] Gutachten“. Der Arzt SS-Sturmbannführer Dr. Herbert Grohmann stellte fest, dass er wegen seines „rassischen Erscheinungsbildes“ einen „jüdischen Bluteinschlag“ hätte und deshalb eine „Ghettoeinweisung“ erforderlich sei. Diese Diagnose kam einem Todesurteil gleich. Am 26. Okt. 1942 liefert das Jugendamt auf Anordnung der Gestapo Edward ins Ghetto ein. Wahrscheinlich wurde er im Vernichtungslager Kulmhof *im Gaswagen ermordet. Das war die andere Seite des Kinderraubs.*

*Der kleine Edward war kein Einzelfall. Grohmann hatte weitere 40 Kinder nachweislich ins Ghetto in Lodz einliefern lassen, weil sie als „minderwertig“ und „judenverdächtig“ galten.*

Grohmann sprach nicht von Kindern, sondern von „Kindermaterial“. Bei der rassistischen Selektion ließ sich Grohmann nur von einem Leitgedanken führen, wie er selbst schrieb:

*„Bedeutet das jeweilige Kind nach seinem rassischen Erscheinungsbild einen wertvollen Zuwachs für die deutsche Volksgemeinschaft oder nicht.“<sup>2</sup>*

Grohmann war ein Rassefanatiker, der im Osten ein „Kinderland“ durch „biologische Auslesemaßnahmen“ schaffen wollte. Er selektierte Tausende von Kinder und entschied über ihr Leben und ihren Tod. Nach dem Krieg wurde er niemals für seine Verbrechen juristisch belangt. Er sagte: „Ich war reiner Erbbiologe...“ und „Juden“ hätte er niemals selektiert, obwohl er für Heydrich, dem Organisator des Holocaust arbeitete. 1982 starb er unerkannt im „Kinderland“ Baden-Württemberg am Bodensee.

Eines seiner Opfer war Roman Roszatowski. Wer ein Wort polnisch im „Ausleaselager“ sprach, wurde bestraft.

*[Hermann Lüdeking:] Es kann sein, dass ich dort geschlagen wurde. Ich habe keine Erinnerung daran und habe hier noch eine Narbe.*

---

<sup>2</sup> AP Łódź, L-15061, Bl. 82

Im SS Rasse- und Siedlungshauptamt in Lodz wurden die Kinder zum ersten Mal ihrer Identität beraubt. Sie bekamen deutsche Namen, die nach „dem Wortstamm nach eindeutig germanisch sein“ mussten.<sup>3</sup>

Um die Herkunft der Kinder zu verschleiern wurde der Geburtsort durch den Ort, von dem sie entführt worden waren, ersetzt. So kam die *kleine* Barbara nicht mehr aus „Gothenhafen“, sondern aus „Litzmannstadt“. Sie erhielt den deutschen Namen „Bärbel Rossmann“. In den Akten steht, damit sie später durch den „alten Namen nicht mehr an die Vergangenheit erinnert wird“. Ziel war es, die Erinnerung an die eigenen Eltern und die Herkunft für immer auszulöschen.

Aus dem polnischen Kind Roman Roszatowski wurde der Germane Hermann Lüdeking. Er wurde nach Bruckau ins „Assimilierungsheim“ deportiert. Assimilierung bedeutete brutale Umerziehung durch seelische und körperliche Gewalt. Dieses Ausleselager hatte nur ein Ziel: Die totale Verdeutschung der polnischen Kinder. Sie wurden einem „rassischen und psychologischen Ausleseverfahren“ unterzogen. Es war eine regelrechte Gehirnwäsche.

Zyta Suse war gerade einmal sieben Jahre alt als die SS in das Waisenhaus in Lodz eindrang.

Sie schreibt rückblickend 1990 über die gewaltsame Entführung:

*„Unsere Kindheit wurde uns gestohlen. ... Heute leide ich an einer chronischen Neurose. Man muss nicht getötet werden, um tot zu sein. Wir sind es. Misstrauisch, einsam unter den Lebenden...“*

Die für die Nazis arbeitende Rassenpsychologin Hildegard Hetzer begutachtete die siebenjährige Zyta Suse, die ebenfalls aus Lodz verschleppt worden war. Sie kam zu dem vernichtenden Urteil: „Für den Einsatz nicht geeignet.“

*...Schmutzig, undiszipliniert, tut hemmungslos, was ihr gerade einfällt, unbeliebt...erzieherisch kaum beeindruckbar...*

Dass sich Zyta nur gegen die gewaltsame „Eindeutschung“ wehrte, ist Hildegard Hetzer nicht in den Sinn gekommen.

Wie an Versuchskaninchen im Labor experimentierte sie an entführten Kindern herum. Sie entschied darüber, welches Kind für die Gemeinschaft „tragbar“ oder als „Fremdkörper“ „untragbar“ war. Später prägte sie den Begriff „Hospitalismus“, welcher die negativen seelischen und körperlichen Begleitfolgen von Inhaftierungen beschreibt. Unter dieser Krankheit leidet Zyta bis heute.

Nach dem Krieg verstrickte sich Hetzer in missglückten „Reinwaschungsversuchen“. So hätte sie von den „tatsächlichen Vorgängen“ der Kinderverschleppung nichts gewusst. Obwohl ihr Name im Befehl des Kinderraubes explizit aufgeführt ist. So schrieb sie am 8. Februar 1942: „Die psychologische Untersuchung erfolgt im persönlichen Auftrag des Reichsführers SS... das eine große Chance für die ganze Psychologenschaft bedeutet. Das Material soll wissenschaftlich bearbeitet werden...“<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup>IPN: GK 151/628 NO 3732, S.206 u 207.

<sup>4</sup>Theo Herrmann: Hildegard Hetzer in Polen. 2010. S.5.

1972 erhielt Hetzer für ihre Verdienste das Bundesverdienstkreuz I. Klasse. 1982 wurde sie zum Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Psychologie erhoben und zwar „ausdrücklich in Anerkennung der Kontinuität ihrer bahnbrechenden Untersuchungen mit Kindern und Jugendlichen.“<sup>5</sup>

*[Prof. Wilhelm Kempf]...Ihr wurde nie die Dimension klar, was sie da getan hatte...ich muss da an Hanna Arendt denken die Trivialität des Bösen ...'ich will meinen wissenschaftlichen Erfolg durchführen und frage nicht wofür es gut ist...In ihrer Selbstdarstellung war es wichtig, dass sie wertvolle Substanz gerettet hatte, aber dass sie auf der anderen Seite, die Substanz, sie als wertlos erklärte, in den Tod geschickt hat, das ist eine andere Frage, die in ihrer Biografie überhaupt nicht auftaucht...*

Mitte 1942 zog das gesamte Personal des „Assimilierungsheim“ Bruckau in das beschlagnahmte Kloster nach Kalisch um. Dort sind die geraubten Kinder einer regelrechten „Gehirnwäsche“ unterzogen worden:

*[Janina Kunsztowicz] ...durch Schlafentzug...wir mussten immer im Flur stehen...solange bis wir bewusstlos wurden...uns wurde auch Schläge angedroht...sie hatten mich in einen Teppich eingerollt, weil ich sehr aufsässig gewesen war. Ich musste stehen und sie drohten mir, wenn ich mich fallen lassen würde, so bekäme ich Schläge mit der großen Schneiderschere...ich hatte Angst...*

*[Gertruda Niewiadomska]...Es war sehr streng. Sobald man etwas angestellt hatte. Dann hatte die Leiterin – ein große Deutsche – ihren Schuh ausgezogen und hat mit dem Schuhe gehauen. Egal! Was sie getroffen hat: Kopf, Hintern...Wenn wir polnisch gesprochen hatten, haben wir Hiebe bekommen...ich habe lieber mein Mund gehalten...*

*[Gertruda Niewiadomska]...Janus ist oft an den Haaren gepackt worden und in den Schuppen hineingeschoben worden. Das geht mir heute noch nach...ich kann das Gesicht nicht vergessen wie er geplagt wurde...*

*[Film- Szene aus Marc Hillel: Dem Führer ein Kind schenken]...Er fühlte sich als Pole und wollte nicht Deutsch sprechen...weshalb er oft von den Pflegerinnen geschlagen wurde...Als er einmal einen Deutschen nicht Deutsch begrüßen wollte, wurde er auf der Stelle von der Leiterin Johanna W. getötet...*

Der Mord des polnischen Jungens entsprach der Doktrin des Reichsführer SS Heinrich Himmlers, der am 16. September 1942 erklärte:

*„Jedes gute Blut ... das Sie irgendwo im Osten treffen, können Sie entweder gewinnen, oder Sie müssen es totschiagen.“<sup>6</sup>*

---

<sup>5</sup> Wilhelm Kempf, S.23.

<sup>6</sup> Heinemann, S.372: Rede Himmlers vor den SSPF in Rußland-Süd am 16.9.1942. BA NS 19/4009. Bl. 133.

## 60 geraubte Kindern in Achern zur Aufzucht

Für das Tausendjährige Reich sperrten die Nazis gleich 60 sogenannte „rassisch wertvolle“ Mädchen aus Polen in der Nazianstalt von Heinrich Himmler in Achern ein, welches sich in Baden-Württemberg am Fuße des Schwarzwaldes befand.

*[Christian-Conrad von Dziembowski]...Wenn ich so nach Einzelheiten in Achern gefragt hatte, wollte keiner etwas zugeben, das war den Leuten peinlich. Die Wahrheit ist, dass dort polnische Kinder waren, die man mitgenommen hatte und eingedeutscht hatte. Es waren Kinder, die möglichst blond und gesund waren, blaue Augen hatten und die Kinder durften kein Wort polnisch mehr sprechen...sie bekamen sogar Schläge...Die Kinder wurden nach Deutscher Art erzogen – strengstens -*

Davor befand sich in der „Illenau“ eine Heil- und Pflegeanstalt für psychisch Kranke Menschen. Um Platz für „rassisch wertvolle“ Kinder zu schaffen, räumten die Nazis die Anstalt. In grauen Bussen der Reichspost wurden die Patienten in die Tötungsanstalt Grafeneck deportiert und 300 Menschen aus der Illenau im Rahmen der Euthanasie ermordet. Dies war die Kehrseite des Rasse- und Zuchtprogramms der Nazis.

Zyta Suse erlebte brutale körperliche Züchtigungsmethoden in Achern: Im Büro des „Kommandanten“ musste sie antreten, weil sie Rohrstöcke, mit denen die Kinder geschlagen wurden, im Ofen verbrannte und ein Hitlerbild abgerissen hatte. Der Kommandant erklärte ihr darauf, dass „Hitler ihr Vater“ sei und sie auch „lieben“ würde. Sie erwiderte: „Ich wusste nicht, dass Hitler ein Gott ist.“ Daraufhin schlug er sie so fest, dass Zyta mit dem Schädel gegen die Tür flog.

Wenn die Kinder nicht bedingungslos gehorchten in der „Ausleseanstalt“, drohte man ihnen unverhohlen mit dem Tod:

*[Helene Lanig Bericht]...Ich war hier an der Illenau...Wenn wir nicht gehorchten, sollten wir erschossen werden oder kommen ins KZ ...*

So war es, dass Zyta Suse ins Kinder-KZ nach Lodz kam, weil sie sich „partout“ nicht „eindeutschen“ ließ. Hinter den Lagertoren des „Polen-Jugendverwahrlagers Litzmannstadt“ spielte sich Grauensvolles ab:

*...Pohl war wütend und befahl uns, auf Deutsch zu zählen. Ich verzählte mich... Mit der Peitsche wies sie mir die Richtung... Ich legte mich auf die Strafbank ... Der erste Schlag fällt. Von Tränen erstickt, beginne ich zu schreien. Ich kann die Schmerzen kaum aushalten.*

Zyta erlebte wie die KZ-Aufseherin Eugenia Pohl sogar ein Kind zu Tode prügelte.

*... wieder ist Genias Matratze nass. Sie geht auf die Strafbank.... Pohl zerzte sie aus der Reihe und stolpernd schleppte sie sich zur Strafbank. Sie lag dort wie tot. Pohl schenkte ihr nichts. Am Morgen erklärte Genia, sie würde sterben. Ich küsste sie und flehte sie weinend an, es nicht zu tun. Ich weinte so laut, dass alle aufwachten. Und nach einer Weile weinte der ganze Saal...[Pohl] ging an Genias Bett und sah, dass sie nicht mehr lebte. Sie riss die Decke herunter und warf sie zusammen mit dem Kissen auf den Boden...*

Die kommissarische Anstaltsleiterin Klara Keit hatte vier Mädchen nach Polen ins Kinder-KZ zurück deportieren lassen, weil sie die Mädchen für die „Eindeutschung“ nicht geeignet hielt.<sup>7</sup>

*„Boleslawa Laniecka... betonte bewusst ihr polnisches Volkstum, die anderen Kinder [machten]... keine Fortschritte in der deutschen Sprache...“*

Bis im April 2014 erinnerte in Achern nichts an das Schicksal der geraubten Kinder:

*„...Bei miserabler Quellenlage ist eine sachgemäße Geschichtsschreibung derzeit (noch) nicht möglich...“*

Inzwischen aber wurde eine Begegnungsstätte mit Gastronomiebetrieb und mit einer „geschichtsrelativierenden“ Ausstellung eröffnet. Darin wird nicht einmal der „Lebensborn e. V.“ bzw. Hildegard Hetzer erwähnt.

*[Oberbürgermeister Klaus Mutach]...Die Aussage, dass die Geschichte nicht wahrheitsgemäß oder lückenhaft erforscht und dargestellt wird. Ist eine Aussage, die wir nicht teilen wollen und nicht können, nicht belegbar ist und der Wahrheit diametral entgegen steht...*

Dafür kann man in der Begegnungsstätte Rumpsteak und diverse Spirituosen genießen. Passt die Erinnerung an Massenmord und Kinderaub mit Erlebnisgastronomie wirklich zusammen?

*[Prof. Wolfgang Benz]...Es ist eine etwas seltsame Vorstellung ein Schlemmerlokal mit einer Gedenkstätte für die Euthanasieopfer unter einem Dach. Das scheint mir - Gelinde gesagt- wenig sensibel...*

---

<sup>7</sup> Staatsarchiv Nürnberg KVAnkl. Dok. NO 4950

## Kampf um Entschädigung in Baden-Württemberg: Ministerpräsident Winfried Kretschmann lehnt eine Entschädigung ab...



01.12.2017 Winfried Kretschmann „Ich höre von dieser Sache zum ersten Mal...“

Am 9. 10.2012 hatte sich der Vorsitzende des Vereins „geraubte Kinder – vergessene Opfer“ Christoph Schwarz per Email an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gewendet, bat darin um eine Entschädigung für die geraubten Kinder.

Das Staatsministerium Baden-Württemberg antwortet am 06.11.2012 und schreibt dabei von einer Vorlage des Finanzministeriums vom 24.05.2012 (**siehe Dokument 1**): ab. Bis auf die Anrede und dem Satzsatz wortwörtlich völlig identisch sind! Über den Kinderraub heißt es darin, „...Es hatte nicht in erster Linie die Vernichtung oder Freiheitsberaubung der Betroffenen zum Ziel, sondern deren Gewinnung zum eigenen Nutzen...“ Eine Entschädigung wurde darin abgelehnt (**siehe Dokument 2**).

Am 06.11.2012 übergab Christoph Schwarz bei der Veranstaltung „Menschen und Werte“ Freiburg dem Ministerpräsidenten erneut einen Brief am 09.11.2012 (**siehe Dokument 3**):

*Gleich vorweg über dessen Inhalt bin ich bestürzt und besorgt. Statt den lebenden Opfern mit Respekt und Achtung zu begegnen, ist der Brief von purem Zynismus gezeichnet. Dieser Brief vom 6. November 2012 ist ein Skandal!...*

*Die Ablehnung in Sachen Entschädigung erinnert an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1947: Bei dem die Angeklagten Kriegsverbrecher auch behaupteten, dass die meisten Kinder aus sozialen Gründen und zu ihrem eigenen Besten (Finanzministerium schreibt: „zum eigenen Nutzen“) aus ihren Familien herausgeholt wurden. Ebenso versuchten die Verteidiger die Zahl der geraubten Kinder herunterzuspielen, so wie es das Außenministerium heute tut. Es geht von 250 geraubten Kindern aus osteuropäischen Raum aus. In Polen dagegen geht man 200 000 verschleppten Kindern aus...*

Der Brief löste ein persönliches Schreiben des Ministerpräsidenten am 14.12.2012 (**siehe Dokument 4**) aus:

*„...Zunächst aber möchte ich klarstellen, dass die von Ihnen zitierte Wortwahl „zum eigenen Nutzen“ im Schreiben vom 6. November nicht den Nutzen der schicksalsbetroffenen Familien im Blick hatte. Um sein rassenideologisches Gedankengut zu verwirklichen, handelte das NS-Regime auch durch den Verein Lebensborn. Die hiervon betroffenen Kinder waren Opfer der angestrebten Germanisierung“...*

Daraufhin erwiderte Christoph Schwarz auf den Brief des Ministerpräsidenten am 09.01.2013 (**siehe Dokument 5**):

*„...Ihr Antwortschreiben ist einerseits vielsagend und andererseits nichtssagend. Vielsagend weil Sie den geraubten Kindern Ihre Hilfe verweigern und auch keine politische Initiative für eine Entschädigung für die geraubten Kinder erkennbar ist. Nichtssagend weil Sie viel über die Entschädigung von NS-Unrecht schreiben, ohne dabei konkret auf die Entschädigungsfrage für die zwangsgermanisierten Kinder einzugehen...*

*Sowohl Ihr Brief vom 14. Dezember, als auch die beiden anderen Briefe vom 6. November und vom Finanzministerium heben im besonderen Maße die Leistung der Bundesrepublik Deutschland in Sache Entschädigung gegenüber der NS-Opfer hervor und verschweigen geschickt dabei, dass Zwangsgermanisierten Kinder nie als Opfer von der Politik anerkannt wurden. Dieses mitschwingende Eigenlob erfüllt die Alibifunktion nach dem Motto: „Deutschland hat getan, was notwendig war, aber nun reicht es.“*

*Gerade im Hinblick auf die polnischen NS-Opfer war die Entschädigung der BRD immer sehr „knauserig“ oder gar „schäbig“, wenn man sich den Völkermord und die Versklavung der polnischen Bevölkerung vor Augen führt:*

*Rund drei Millionen der im Holocaust ermordeten Juden waren polnische Staatsbürger. Mehr als 2,8 Millionen polnische Zwangsarbeiter wurden während des gesamten Krieges in das Deutsche Reich deportiert. Etwa 420 000 polnische Kriegsgefangene wurden interniert. Die deutschen Besatzer vertrieben zwischen 1939 und 1944 mehr als 860 000 polnische Einwohner aus den eingegliederten Gebieten, um dort „Lebensraum“ für Deutsche zu schaffen. Mit den großen Aussiedlungsaktionen ging die planmäßige Germanisierung polnischer Kinder einher, die ihren Eltern entrissen und ihrer Kindheit und Jugend beraubt wurden. Die Herkunft und die Identität der Kinder wurde vollständig „ausgelöscht“. Schätzungsweise zwischen 50 000 und 200 000 Kinder wurden aus Polen verschleppt und zwangsweise „ingedeutscht“. Nach dem Krieg kehrten nur wenige zurück. Die BRD hat seit Kriegsende rund 70 Milliarden Euro Entschädigung an NS-Opfer ausgezahlt, davon gingen gerade einmal 2 Milliarden Euro an die polnischen Opfer. Das sind 2,86 % der Gesamtsumme. Bezogen auf das unmessbare Leid der Menschen und enormen Kriegsschäden in Polen ist dieser Betrag eine reine Phrase.*

*Im Zuge der Entschädigung bekamen die aller meisten Opfer in Polen nur einen symbolischen Betrag und die geraubten Kinder in Polen blieben bei Entschädigung unberücksichtigt, da der Betrag von zwei Milliarden nie für alle Opfer ausreichte und die Leidtragenden waren wieder die geraubten Kinder.*

*Auch die „eingedeutschten“ Kinder, die nach dem Krieg in Deutschland blieben, wurden niemals entschädigt.*

*Das Schreiben vom 14.12.2012, wie auch das Schreiben vom Finanzministerium vom 24.12.2012, teilt verklausuliert mit, dass die Opfer von Seiten der Politik keine finanzielle Entschädigung mehr zu erwarten haben, was wir so nicht akzeptieren werden. Jedoch verdeutlicht Ihre Antwort klar, dass Sie sich nicht persönlich für die während der NS-Zeit verschleppten Kinder einsetzen werden, obwohl an die 3000 Kinder nach Baden-Württemberg verschleppt wurden.*

*Bis im Mai 1947 hatten die Behörden in Baden-Württemberg 276 „Zwangsgermanisierte Kinder“ gemeldet, aber wie aus dem Bericht der Child Search Tracing Section der U.N.R.R.A hervorgeht, wurden dagegen 3000 Betroffene identifiziert.*

*Meinens Erachtens steht ein Ministerpräsident aus Baden-Württemberg in der Pflicht und Verantwortung sich um das Schicksal der 3000 verschleppten Kinder, die nach Baden-Württemberg verschleppt und seelisch missbraucht wurden, zu kümmern. Aber wie bereits erwähnt, erkenne ich in Ihrem Schreiben keinen politischen Willen zum Handeln.*

Auf diesen Brief erfolgte fünf Jahre keine Antwort. Erst nach dem Christoph Schwarz dem Ministerpräsidenten Herrn Kretschmann persönlich 175 Unterschriften am 01.12.2017 (**siehe Dokument 6**) in Freiburg übergab mit der Forderung, eine Entschädigung an die geraubten Kinder zu zahlen.

Daraufhin erfolgte erneut eine nichtssagende Antwort am 15.12.2018 (**siehe Dokument 7**):

*...vielen Dank für Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2017 an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Dieses hatten Sie am Rande des Bürgerempfangs in Freiburg an Herrn Ministerpräsidenten übergeben, nachdem Sie ihn in der Fragerunde öffentlich kritisiert hatten, keine Antwort auf ein bereits vor fünf Jahren an ihn gesendetes Schreiben erhalten zu haben. Herr Ministerpräsident hatte geantwortet, sich das nicht vorstellen zu können, da alle an ihn gerichteten Schreiben beantwortet würden.*

*...Inhaltlich ist diesen Schreiben nichts hinzuzufügen, insbesondere bleibt in erster Linie der Bund für die Frage der Wiedergutmachung von NS-Unrecht zuständig. Dies trifft auch für den in Ihrem Schreiben vom 1. Dezember 2017 geschilderten Fall zu. Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium für Finanzen federführend für die Wiedergutmachung von NS-Unrecht zuständig...*

Die Bilanz von Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Sachen Entschädigung ist schlichtweg skandalträchtig wie diese Dokumentation zeigt! Die Ausrede, dass der „Bund“ in erster Linie für die „Wiedergutmachung“ zuständig sei, ist vor dem Hintergrund, dass zwei Bundesländer an „geraubte Kinder“ eine Opferrente und Entschädigung bezahlen, gerade zu peinlich.

NRW hat an die beiden geraubten Kinder Janina Kunsztowicz und Karl Vitovec jeweils 3.600 Euro bezahlt. Die Hansestadt Hamburg gewährt den beiden geraubten Kinder Folker Heineke und Alexander Orlow eine monatliche Rente von 200 Euro.

NRW und die Hansestadt Hamburg haben schon vor vielen Jahren einen NS-Härtefond eingerichtet. Warum ist so etwas nicht in Baden-Württemberg möglich?



**Dokument 2: Brief aus Staatskanzlei vom 06.11.2012:**

<p style="text-align: center;"> <b>Baden-Württemberg</b> STAATSMINISTERIUM</p> <p>Staatsministerium Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart</p> <p>Herrn Christoph Schwarz Per E-Mail: christophgalliei@gmx.net</p> <p style="text-align: right;">Datum: 6. November 2012 Name: Herr Dr. Heug Durchwahl: 0711 2153-549 Telefax: 0711 2153-470 Telezeichen: 1-5395 (Bitte bei Anrufer angeben)</p> <p>☛ Ihre E-Mail vom 9. Oktober 2012</p> <p>Sehr geehrter Herr Schwarz,</p> <p>Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann dankt Ihnen für Ihre E-Mail vom 9. Oktober 2012. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.</p> <p>Während des Zweiten Weltkriegs ist von Deutschen im eigenen Land und in den Nachbarländern vielfach Unrecht verübt worden. Die Bundes- und die Landesregierung bedauern dies zutiefst. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar zu ihrer Verantwortung für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bekannt. Sie hat ein umfangreiches System von Wiedergutmachungsgesetzen geschaffen.</p> <p>Im Zweiten Weltkrieg gewann der bevölkerungspolitische Aspekt einer „Germanisierung“ eine besondere Bedeutung, denn es zeigte sich, dass das „Volk ohne Raum“ zahlenmäßig zur Auffüllung der angestrebten Eroberungen bei weitem nicht ausreichen würde. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS führte daher in großem Stil an Kindern in den besetzten Ländern rassibiologische Untersuchungen durch, um „rassisch wertvollen“ Nachwuchs zu gewinnen. Die für tauglich befundenen Kinder wurden von den Eltern getrennt und auf deutsche Familien verteilt oder zur „Aufzucht“ der Organisation Lebensborn übergeben. Der Lebensborn war im nationalsozialistischen Deutschen Reich ein von der SS getragener, staatlich geförderter Verein, dessen Ziel es war, auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassenhygiene und</p> <p style="font-size: small;">Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart · Telefax 0711 2153-0 · Telefax 0711 2153-340 · poststelle@gm.bwl.de www.baden-wuerttemberg.de · www.stm.baden-wuerttemberg.de · www.sarsica-bw.de</p> <p style="text-align: right;"></p>	<p style="text-align: center;">-2-</p> <p>Gesundheitsideologie die Erhöhung der Geburtenrate „arischer“ Kinder herbeizuführen. Der Lebensborn war mitverantwortlich für die Verschleppung von Kindern in den von Deutschland besetzten Gebieten. Falls diese im Sinne der NS-Rassenideologie als „arisch“ galten, wurden sie unter Verschleierung ihrer Identität in Lebensborn-Häusern im Deutschen Reich untergebracht. Das letztendliche Ziel war die Adoption durch parteitreue deutsche Familien.</p> <p>Dem schweren Schicksal der Betroffenen wurde dadurch Rechnung getragen, dass das Kriegsfolgeschicksal im Rahmen der allgemeinen Sozialgesetzgebung Berücksichtigung fand. So können Betroffene im Falle erlittener Gesundheitsschäden zum Kreis der Versorgungsberechtigten nach dem Bundesversorgungsgesetz gehören. Ob die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall vorliegen, entscheidet auf Antrag das zuständige Versorgungsamt. Soweit auf eine bestehende Beweislücke infolge des Zeitablaufes verwiesen wird, sind nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes bei der Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Bundesversorgungsgesetz Beweiserleichterungen, insbesondere die Anwendung des Anscheinsbeweises für typische Geschehenabläufe und das Mittel der Glaubhaftmachung, einzuräumen. Diese Beweiserleichterungen werden seitens der Versorgungsverwaltung auch gesundheitlich geschädigten Kriegsgefangenen, Internierten und Versleppten eingeräumt. Dadurch kann der schwierigen Beweislage ausreichend Rechnung getragen werden.</p> <p>Im Jahr 2000 gründeten die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Die Stiftung wurde auf der Grundlage internationaler Verhandlungen durch einen Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages errichtet. In diesem Zusammenhang hat sich der Deutsche Bundestag erneut zur politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus bekannt. Die Stiftung war als abschließende Regelung für die Gewährung von Leistungen zugunsten ehemaliger KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter oder sonstiger in der Person oder dem Vermögen geschädigter NS-Opfer gedacht. Anträge auf Leistungen der Stiftungsinitiative konnten bis spätestens 31. Dezember 2001 eingereicht werden. Anträge, die nach diesem Datum bei der Stiftung oder einer der Partnerorganisationen eingegangen sind, konnten grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden. Die Errichtung der Stiftung wurde im In- und Ausland umfangreich bekannt gegeben. Bundesregierung, Bundesstiftung und deren Partnerorganisationen haben nach Kräften auf die Regelungen des Stiftungsgesetzes und seine Antragsfristen hingewiesen. Dies ist erfolgt durch Pressekonferenzen aller diplomatischen Vertretungen Deutschlands sowie durch Zeitungsinserte der Bundesstiftung und deren Partnerorganisationen. Im Juni</p>
<p style="text-align: center;">-3-</p> <p>2007 hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit ihren Partnerorganisationen die Auszahlungen abgeschlossen. Das Auszahlungsprogramm ist beendet. An über 1,66 Millionen Leistungsberechtigte in fast 100 Ländern wurden über 4,37 Milliarden Euro ausgezahlt. Nach dem Ende der Auszahlungen der Stiftung werden in Zukunft mit einem Stiftungskapital von 420 Mio. € Projekte gefördert, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen.</p> <p>Das beschriebene Schicksal betraf im Rahmen des Kriegsgeschehens eine Vielzahl von Familien und diente der Kriegsstrategie (Umsiedlungen, Einfluss auf die Erziehung). Es hatte nicht in erster Linie die Vernichtung oder Freiheitsberaubung der Betroffenen zum Ziel, sondern deren Gewinnung zum eigenen Nutzen. Hierbei handelt es sich um ein Schicksal, welches zwar in der allgemeinen Sozialgesetzgebung – insbesondere der unmittelbaren Nachkriegszeit – berücksichtigt wurde, jedoch als solches nicht Anknüpfungspunkt spezieller Leistungsansprüche des Kriegsfolgenrechts war und ist.</p> <p>Abschließend darf ich Ihnen die besten Grüße von Herrn Ministerpräsidenten übermitteln und verbleibe selbst</p> <p>mit freundlichen Grüßen</p> <p> Dr. Thilo Heug</p>	

**Dokument 3: Brief Christoph Schwarz bei der Veranstaltung „Menschen und Werte“ Freiburg an Ministerpräsidenten 09.11.2012:**



Initiative zur Entschädigung der geraubten und „eingedeutschten“ Kinder  
Sprecher  
Christoph Schwarz • Bussardweg 76 • 79110 Freiburg

**9. November 2012**  
☎ 076114770777  
✉ christophgallie@gmx.net

**- Offener Brief -**  
Herr Ministerpräsident und Bundesratspräsident  
Winfried Kretschmann  
persönliche Übergabe des Briefes am 9. November  
2012 bei der Veranstaltung „Menschen und Werte“  
in der katholischen Akademie Freiburg

**Antwortschreiben auf den Brief vom 6. November 2012.**  
Entschädigung für die während der NS-Zeit geraubten und „eingedeutschten“ Kinder und Jugendlichen

Sehr geehrter Ministerpräsident Herr Kretschmann,  
  
danke für Ihren Brief vom 6. November 2012.  
  
Gleich vorweg über dessen Inhalt bin ich bestürzt und besorgt. Statt den lebenden Opfern mit Respekt und Achtung zu begegnen, ist der Brief von purem Zynismus gezeichnet. Dieser Brief vom 6. November 2012 ist ein Skandal!  
Vom einen grünen Ministerpräsidenten hätte ich mir mehr Empathie und Hilfe für die geraubten Kinder erwartet, die von den Nazis nach Baden-Württemberg, verschleppt wurden.  
  
Im Brief vom 6. November 2012 schreibt Herr Dr. Thilo Haug in Ihrem Namen über die geraubten Kinder:  
  
...Es hatte nicht in erster Linie die Vernichtung oder Freiheitsberaubung der Betroffenen zum Ziel, sondern deren Gewinnung zum eigenen Nutzen...  
  
Für die Opfer ist diese absurde Begründung ein weiterer Schlag ins Gesicht. Welchen „eigenen Nutzen“ sollten die geraubten Kinder davongetragen haben, außer körperliche und seelisch irreparable Schäden?  
  
Sowohl der Brief aus Staatministerium Baden-Württemberg vom 6. November 2012 als auch der Brief aus dem Finanzministerium vom 24. Mai 2012 (siehe Anlage) sind bis auf die Anrede und dem Schlusssatz wortwörtlich völlig identisch! Offensichtlich gibt es eine Achse des Zynismus gegen die Opfer zwischen Berlin und Stuttgart.  
  
Die Ablehnung in Sachen Entschädigung erinnert an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1947. Bei dem die Angeklagten Kriegsverbrecher auch behaupteten, dass die meisten Kinder aus sozialen Gründen und zu ihrem eigenen Besten (Finanzministerium schreibt „zum eigenen Nutzen“) aus ihren Familien herausgeholt wurden. Ebenso versuchten die Verteidiger die Zahl der geraubten Kinder herunterzuspielen, so wie es das Außenministerium heute tut. Es geht von 250 geraubten Kindern aus osteuropäischen Raum aus. In Polen dagegen geht man 200 000 verschleppten Kindern aus.  
  
[www.geraubte.de](http://www.geraubte.de)



Ilona-Helena Wilkanowicz wurde am 28. März 1931 im polnischen Pabianice geboren und von den Nazis geraubt. Viele Jahrzehnte nach der Verschleppung leidet sie immer noch unter den traumatischen Erinnerungen, wie sie im Brief vom 29.10.1991 an den damaligen Bundesminister des Innern Wolfgang Schäuble CDU – heutiger Finanzminister - gesteht:

...Ich fühle mich als Opfer des unmenschlichen NS-Regimes und verlange aus diesem Grund eine Entschädigung bzw. Wiedergutmachungsleistung. Nachts kommen immer wieder die Alpträume mit der Verschleppung durch die Gestapo und Behandlung und Bestrafung durch die SS. Da die körperlichen und seelischen Schäden irreparabel sind, sehe ich eine Entschädigung seitens der Bundesrepublik Deutschland für mich als eine moralische Wiedergutmachung...

Dessen Reaktion war für Ilona-Helena Wilkanowicz mehr als verletzend. In den Jahren der gewaltsamen Entführung wurde sie in Achern von „Erzieherinnen“ seelisch misshandelt: „Wenn ihr nicht gehorcht, ihr polnischen Schweine, kommt ihr ins KZ.“

Sie hat einen deutschen Pass, spricht ein reines, unverfälschtes Badisch. Sie ist aber auch eine Polin. Sie ist ein Mensch zwischen beiden Nationen, ein Ostkind, das weder hierher noch dorthin gehört, ein Mensch, dem eine dem Rassenwahn verfallene Herrschaft seine Erinnerung und seine Identität geraubt hat. Auch sie ist ein Opfer, so wie alle Opfer sind, die in KZ, in Zwangsarbeit oder als germanisiertes Polenkind ihren Lebenskreisen entrissen wurden.<sup>1</sup>

Ich bitte Sie inständig Ihre Haltung in der Frage der geraubten Kinder neu zu überdenken und sich für eine unbürokratische schnellstmögliche finanzielle Entschädigung einzusetzen und nicht länger abzuwarten, bis sich die Entschädigungsfrage „biologisch“ gelöst hat.

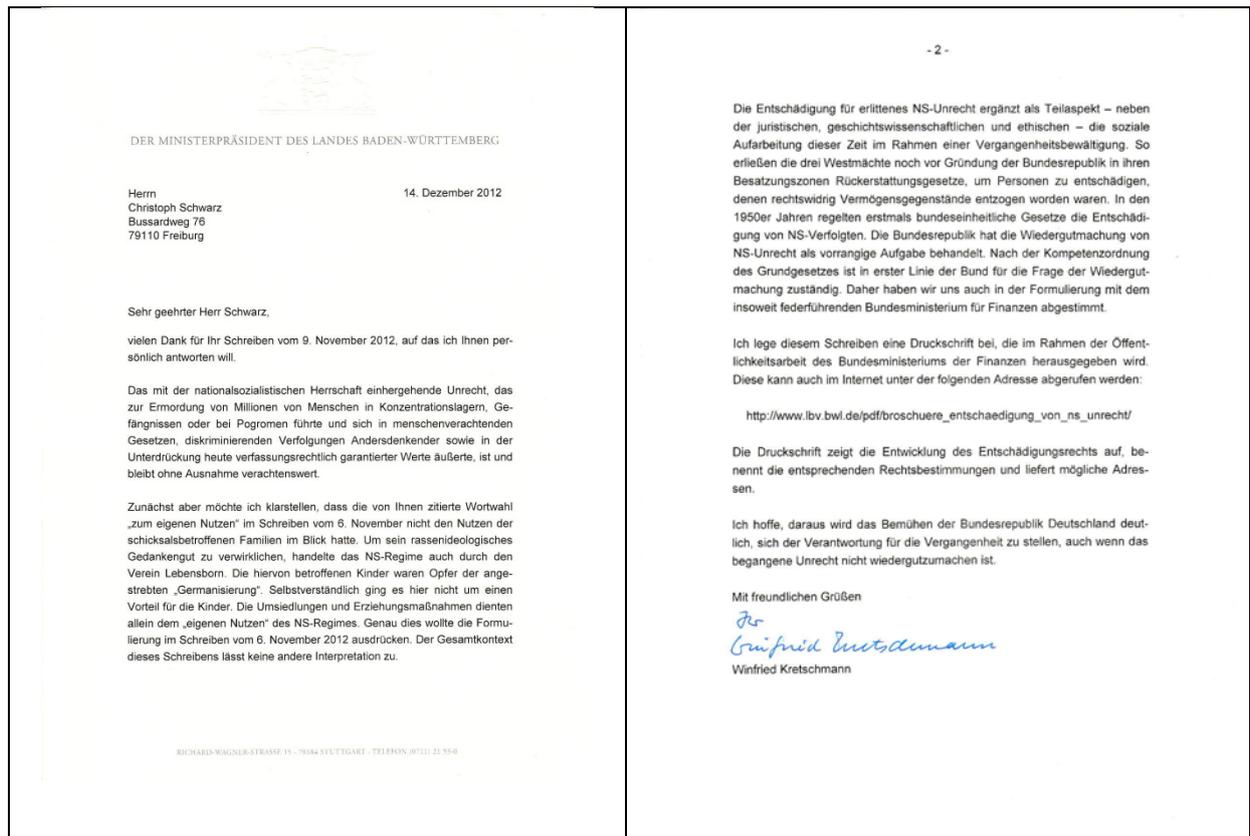
Mit freundlichen Grüßen  
  
*Christoph Schwarz*  
  
(Christoph Schwarz)

ANLAGE:  
- Brief vom 6. November 2012  
- Brief Bundesfinanzministerium vom 24. Mai 2012

*P.S. Von meiner Bitte um ein Spruchwort für das Buch „Verfolgte Kinder u. Jugendliche aus Baden-Württemberg“ umma Sie nehmen ich aufgrund des Briefes vom 6.11.2012 Abstand,*

<sup>1</sup> Ilona-Helena Wilkanowicz, Maximilian-Kolbe-Werk Freiburg im April 1990  
[www.geraubte.de](http://www.geraubte.de)

## Dokument 4: persönliches Schreiben des Ministerpräsidenten am 14.12.2012



**Dokument 5: Erwiderung von Christoph Schwarz am 09.01.2013 auf den Brief des Ministerpräsidenten 14.12.2012:**

 <p><b>geraubte Kinder</b> von den Nazis geraubt</p> <p>Initiative zur Entschädigung der geraubten und „eingedeutschten“ Kinder Sprecher Christoph Schwarz • Bussardweg 78 • 79110 Freiburg</p> <p>Per Einschreiben mit Rückschein - <b>Offener Brief</b> - Herr Ministerpräsident und Bundesratspräsident Winfried Kretschmann Richard-Wagner-Straße 15 70184 Stuttgart</p> <p><b>09. Januar 2013</b> 07614770777 christophgalle@gmx.net</p> <p><b>Antwortschreiben auf den Brief vom 14. Dezember 2012.</b> Entschädigung für die während der NS-Zeit geraubten und „eingedeutschten“ Kinder und Jugendlichen</p> <p>Sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Bundesratspräsident Kretschmann,</p> <p>vielen Dank für Ihren Brief vom 14. Dezember 2012. Über Ihre persönliche Antwort habe ich mich sehr gefreut. Ihr Antwortschreiben ist einerseits weitsagend und andererseits nichtssagend. Weitsagend weil Sie den geraubten Kindern Ihre Hilfe versprechen und auch keine politische Initiative für eine Entschädigung für die geraubten Kinder erkennbar ist. Nichtssagend weil Sie viel über die Entschädigung von NS-Unrecht schreiben, ohne dabei konkret auf die Entschädigungsfrage für die zwangsgermanisierten Kinder einzugehen.</p> <p>Die Klarstellung zur Ihrem Schreiben vom 6. November 2012, kann ich so akzeptieren, da nun klar erkennbar ist, dass für Sie die „zwangsgermanisierten“ Kinder zwar „Opfer“ darstellen, aber keine besondere politische Würdigung und Anerkennung erfahren. Jedoch lässt das Schreiben des Finanzministeriums als auch das abgedruckte Schreiben des Staatsministeriums vom 6. November auch andere Interpretationen zu. Aber es ist wenig konstruktiv, wenn wir uns über die richtige Interpretation streiten, viel wichtiger ist die Frage: Wie kann man den Opfern helfen und ihren Anspruch auf Entschädigung erwirken?</p> <p>Sowohl Ihr Brief vom 14. Dezember, als auch die beiden anderen Briefe vom 6. November und vom Finanzministerium haben im besonderen Maße die Leistung der Bundesrepublik Deutschland in Sache Entschädigung gegenüber der NS-Opfer hervor und verschweigen geschickt dabei, dass Zwangsgermanisierten Kinder nie als Opfer von der Politik anerkannt wurden. Dieses mitschwingende Eigenlob erfüllt die Alibifunktion nach dem Motto: „Deutschland hat getan, was notwendig war, aber nun reicht es.“ Gerade im Hinblick auf die polnischen NS-Opfer war die Entschädigung der BRD immer sehr „knusperig“ oder gar „schäbig“, wenn man sich den Völkermord und die Versklavung der polnischen Bevölkerung vor Augen führt. Rund drei Millionen der im Holocaust ermordeten Juden waren polnische Staatsbürger. Mehr als 2,8 Millionen polnische Zwangsarbeiter wurden während des gesamten Krieges in das Deutsche Reich deportiert. Etwa 420 000 polnische Kriegsgefangene wurden interniert. Die deutschen Besatzer vertrieben zwischen 1939 und 1944 mehr als 860 000 polnische Einwohner aus den eingegliederten Gebieten, um dort „Lebensraum“ für Deutsche zu schaffen. Mit den großen Aussiedlungsaktionen ging</p> <p><a href="http://www.geraubte.de">www.geraubte.de</a></p> <p style="text-align: center;">1</p>	 <p><b>geraubte Kinder</b> von den Nazis geraubt</p> <p>die planmäßige Germanisierung polnischer Kinder einher, die ihren Eltern entrisen und ihrer Kindheit und Jugend beraubt wurden. Die Herkunft und die Identität der Kinder wurde vollständig „ausgelöscht“, Schätzungsweise zwischen 50 000 und 200 000 Kinder wurden aus Polen verschleppt und zwangswise „eingedeutscht“. Nach dem Krieg kehrten nur wenige zurück. Die BRD hat seit Kriegsende rund 70 Milliarden Euro Entschädigung an NS-Opfer ausgezahlt, davon gingen gerade einmal 2 Milliarden Euro an die polnischen Opfer. Das sind 2,86 % der Gesamtsumme. Bezogen auf das unermessbare Leid der Menschen und enormen Kriegsschäden in Polen ist dieser Betrag eine reine Phrase.</p> <p>Im Zuge der Entschädigung bekamen die aller meisten Opfer in Polen nur einen symbolischen Betrag und die geraubten Kinder in Polen blieben bei Entschädigung unberücksichtigt, da der Betrag von zwei Milliarden nie für alle Opfer ausreichte und die Leidtragenden waren wieder die geraubten Kinder. Auch die „eingedeutschten“ Kinder, die nach dem Krieg in Deutschland blieben, wurden niemals entschädigt. Dagegen in Österreich wurden über 22 000 Zwangsgermanisierte Kinder finanziell entschädigt! Warum verweigert Baden-Württemberg und die BRD den geraubten Kindern eine Entschädigung?</p> <p>Das Schreiben vom 14.12.2012, wie auch das Schreiben vom Finanzministerium vom 24.12.2012, teilt verklausuliert mit, dass die Opfer von Seiten der Politik keine finanzielle Entschädigung mehr zu erwarten haben, was wir so nicht akzeptieren werden.</p> <p>Jedoch verdeutlicht Ihre Antwort klar, dass Sie sich nicht persönlich für die während der NS-Zeit verschleppten Kinder einsetzen werden, obwohl an die 3000 Kinder nach Baden-Württemberg verschleppt wurden.</p> <p>Bis im Mai 1947 hatten die Behörden in Baden-Württemberg 276 „Zwangsgermanisierte Kinder“ gemeldet, aber wie aus dem Bericht der Child Search Traing Section der U.N.R.R.A hervorgeht, wurden dagegen 3000 Betroffene identifiziert.</p> <p>Meinens Erachtens steht ein Ministerpräsident aus Baden-Württemberg in der Pflicht und Verantwortung sich um das Schicksal der 3000 verschleppten Kinder, die nach Baden-Württemberg verschleppt und seelisch misbraucht wurden, zu kümmern. Aber wie bereits erwähnt, erkenne ich in Ihrem Schreiben keinen politischen Willen zum Handeln.</p> <p>Viele der zwangsgermanisierte Kinder, die geraubt wurden, leiden bis heute unter den seelischen Wunden ihrer Kindheit. Unter Verlustängsten und Depressionen. Aber noch schlimmer: Das ihr Schicksal weitgehend vergessen und heute noch von der Politik ignoriert wird. So meint der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ Daniel Pawlos:</p> <p>„Die Zwangsgermanisierung war ein Verbrechen. Dieses Verbrechen wurde natürlich verheimlicht. Deshalb wurden – so ähnlich wie in Konzentrationslagern – die Listen vernichtet. Die Spuren des Verbrechens wurden ebenfalls vernichtet. Bisher wurde tatsächlich diese Opfergruppe vergessen und deshalb sollte sie auch eine Chance auf eine minimale Leistung aus deutschen Mitteln haben...“</p> <p>Das Finanzministerium antwortete auf die Forderung nach einer finanziellen Entschädigung lapidar: „Eine spezielle Anspruchsgrundlage in einem besonderen Gesetz ist nicht vorgesehen.“</p> <p>Wie die Briefe aus Finanzministerium und dem Staatsministerium Baden-Württemberg zeigen, soll im übertragenen Sinn, unter das Thema finanzielle „Wiedergutmachung“ für die Zwangsgermanisierten Kinder ein Schlussstrich gezogen werden.</p> <p><a href="http://www.geraubte.de">www.geraubte.de</a></p> <p style="text-align: center;">2</p>
 <p><b>geraubte Kinder</b> von den Nazis geraubt</p> <p>Ich erlaube mir Ihren Brief an die beiden NS-Opfer Hermann Lüdeking und Helene Lanig weiterzuleiten, die beide aus Polen verschleppt und hierzulande „eingedeutscht“ und nie für das an ihnen verübte NS-Unrecht entschädigt wurden. Beide leben im „Kinderland“ Baden-Württemberg.</p> <p>Wie schrecklich muss es für die Opfer sein, in dem Land zu leben, das ihnen die Kindheit und Jugend geraubt hat und bis zum heutigen Tag die Entschädigung verweigert?</p> <p>Ein Land wie Baden-Württemberg, das sich selbst gerne als „Kinderland“ bezeichnet, und solch eine politische Haltung einnimmt und den geraubten Kindern ihren Anspruch auf Entschädigung verweigert, ist eine Schande: Denn an Geld mangelt es hierzulande nicht, aber an politischen Willen. Somit leistet Baden-Württemberg aktive Beihilfe beim Vergessen des Verbrechens an den geraubten Kindern. Dabei wäre es so leicht ein Fond für die NS-Opfer einzurichten, wie es andere Bundesländer seit Jahrzehnten haben.</p> <p>Trotz Ihrer unkooperativen Haltung, stehe ich Ihnen für weitere Hilfen zur Verfügung und biete Ihnen meine Zusammenarbeit an.</p> <p>Um mehr über das Schicksal der geraubten Kinder zu informieren, werde ich eine Ausstellung zum Thema „geraubte Kinder – Missachtete Opfer der Politik“ bis zum Sommer 2013 erarbeiten.</p> <p>So wünsch ich Ihnen alles Gute für das Jahr 2013 und danke Ihnen für die Beantwortung meines Briefes.</p> <p>Sofern ich bis zum 15. Februar 2013 keine Antwort von Ihnen erhalte habe, erlaube ich mir diesen Brief an alle Landtagsabgeordnete in Kopie weiterzuleiten.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>  <p><a href="http://www.geraubte.de">www.geraubte.de</a></p> <p style="text-align: center;">3</p>	

**Dokument 6:** Brief von Christoph Schwarz an Ministerpräsidenten Herrn Kretschmann 01.12.2017:



**Spendenkonto:**  
IBAN: DE20 66090800 000926 77 43  
BIC: GENODE61BBB (BBBank)  
geraubte Kinder – vergessene Opfer e. V.  
[www.geraubte.de](http://www.geraubte.de)

geraubte Kinder - vergessene Kinder e. V. Bussardweg 76, 79110 Freiburg

✉ info@geraubte.de  
📞 0049 761/4770777 & 015233714767  
**01. Dez. 2017**

Herr Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werter Herr Kretschmann,

der Freiburger Verein „geraubte Kinder- vergessene Opfer“ bittet Sie dem Opfer einer Kindesverschleppung eine materielle Genugtuung zu gewähren.

Der heute in Baden-Württemberger lebende Bundesbürger Hermann Lüdeking wurde während der NS-Okkupation aus Polen nach Deutschland entführt, um ihn für Zuchtmaßnahmen zu „germanisieren“. In der Nachkriegszeit wurde ihm seine Eltern weiter vorenthalten. Versuche der Rückgewinnung seiner Identität scheiterten. Bis heute verweigert man ihm als NS-Opfer die Anerkennung und Entschädigung in Baden-Württemberg.

Wir bitten Sie um Prüfung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Schwarz (1. Vorstand)  
geraubte Kinder – vergessene Opfer  
Gemeinnütziger Verein

**ANLAGE:**

- Zeitungartikel vom 29.10.2017.
- Übergabe von 195 Unterschriften.
- Einladung zur Ausstellung „geraubte Kinder“ in Stuttgart am 21.12.2017.



**Dokument 7: Brief von Christoph Schwarz an Ministerpräsidenten Herrn Kretschmann 01.12.2017:**

 <b>Baden-Württemberg</b> STAATSMINISTERIUM	- 2 -
Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart geraubte Kinder – vergessene Kinder e.V. Herr Christoph Schwarz Bussardweg 76 79110 Freiburg	Datum 15. Januar 2018 Name Herr Braunewell Durchwahl 0711 2153-0 Telefax 0711 2153-470 Aktenzeichen I-5396 (Bitte bei Antwort angeben)
<p>☛ Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2017</p> <p>Sehr geehrter Herr Schwarz,</p> <p>vielen Dank für Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2017 an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Dieses hatten Sie am Rande des Bürgerempfangs in Freiburg an Herrn Ministerpräsidenten übergeben, nachdem Sie ihn in der Fragerunde öffentlich kritisiert hatten, keine Antwort auf ein bereits vor fünf Jahren an ihn gesendetes Schreiben erhalten zu haben. Herr Ministerpräsident hatte geantwortet, sich das nicht vorstellen zu können, da alle an ihn gerichteten Schreiben beantwortet würden.</p> <p>Herr Ministerpräsident hat mich gebeten, den damaligen Vorgang zu recherchieren und Ihnen auf Ihr erneutes Schreiben zu antworten. Demnach wurde Ihre E-Mail vom 9. Oktober 2012 mit Schreiben von Herrn Dr. Haug vom 6. November 2012 ausführlich beantwortet. Ihr darauffolgendes Schreiben vom 9. November 2012 wurde von Herrn Ministerpräsidenten persönlich mit Schreiben vom 14. Dezember 2012 beantwortet. Inhaltlich ist diesen Schreiben nichts hinzuzufügen, insbesondere bleibt in erster Linie der Bund für die Frage der Wiedergutmachung von NS-Unrecht zuständig. Dies trifft auch für den in Ihrem Schreiben vom 1. Dezember 2017 geschilderten Fall zu. Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium für Finanzen federführend für die Wiedergutmachung von NS-Unrecht zuständig. Im</p>	<p>Übrigen möchte ich mir erlauben, auf den früheren Schriftverkehr und die dortigen Ausführungen zu verweisen, aber auch meine Anerkennung für Ihren Einsatz und Ihr Engagement zum Ausdruck bringen.</p> <p>Ich darf Ihnen die guten Wünsche des Herrn Ministerpräsidenten übermitteln und verbleibe selbst</p> <p>mit freundlichen Grüßen</p> <p><i>Jens Braunewell</i> Jens Braunewell</p>
Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart · Telefon 0711 2153-0 · Telefax 0711 2153-340 · poststelle@stm.bwl.de www.baden-wuerttemberg.de · www.stm.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de	